

Descent in Germany before 1945“) im Generalkonsulat in New York (die Ausstellung ist Ende März in die Deutsche Botschaft in Washington DC umgezogen). Biografien unterschiedlicher jüdischer Frauen wurden in der Ständigen Vertretung ausgestellt, um an die steinigen und mutigen Lebenswege zu erinnern.

Nach der Begrüßung durch den Generalkonsul *David Gill*, der parlamentarischen Staatssekretärin *Ekin Deligöz* und djb-Präsidentin Prof. Dr. *Maria Wersig* folgte ein Kurzvortrag von Prof. Dr. *Marion Röwekamp*, wissenschaftliche Leitung der Ausstellung „Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft in Deutschland vor 1945“. In der anschließenden Panel-Diskussion mit dem Titel „Working towards Gender Equality – Challenges, Role Models and International Cooperation“ sprachen djb-Präsidentin Prof. Dr. *Maria Wersig*, *Stephanie Scharf* (US-amerikanische Anwältin und Gründerin der Scharf Banks Marmor LLC) und *Frank Mecklenburg* (Historiker am Leo Baeck Institut New York/Berlin) über Herausforderungen, die uns noch bevorstehen, aber auch die Leistungen, die bereits erbracht wurden. Moderiert wurde die Panel-Diskussion und anschließende Fragerunde von *Dilken Çelebi*, LL.M. Mitglied der djb-Strafrechtskommission.

Ein sehr gelungener und runder Abend, der die allgemeine Stimmung des CSW67 gut spiegelte: Wir dürfen uns für das feiern, was wir erreicht haben – aber können und dürfen uns gleichzeitig noch nicht ausruhen.



▲ von links nach rechts: David Gill, Dilken Çelebi, LL.M., Prof. Dr. Maria Wersig, Ekin Deligöz, Stephanie Scharf, Frank Mecklenburg, Prof. Dr. Marion Röwekamp; Foto: Valentina Chiofalo

DOI: 10.5771/1866-377X-2023-3-144

## Sommerfest im „Haus des Rechts“ 22. Juni 2023, Berlin

**Amelie Schillinger**  
djb-Geschäftsstelle, Berlin

Am 22. Juni 2023 veranstalteten der Deutsche Richterbund (DRB), der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb), die Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) und der Deutsche Notarverein ihr jährliches gemeinsames Sommerfest im „Haus des Rechts“ in der Kronenstraße in Berlin-Mitte. Der djb ist seit diesem Jahr mit dabei, nachdem die Geschäftsstelle des djb im November 2022 von der Anklamer Straße in das „Haus des Rechts“ umgezogen ist.

Unter den Gästen aus Legislative, Judikative und Exekutive waren neben Bundesjustizminister Dr. *Marco Buschmann* zahlreiche Bundestagsabgeordnete aus den Regierungsfractionen und der Opposition, Richter des Bundesverfassungsgerichts, zahlreiche Gerichtspräsident\*innen sowie Generalstaatsanwält\*innen. Auch Sachsen-Anhalts Justizministerin *Franziska Weidinger* und Staatsminister Prof. Dr. *Roman Poseck*, zahlreiche Staatssekretär\*innen aus Bund und Ländern sowie aus der Zivilgesellschaft waren der Einladung in das „Haus des Rechts“ gefolgt. Der djb war durch das Präsidium, Mitglieder des Bundesvorstands, Vorstandskolleginnen der Landesverbände und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle vertreten. Ca. 200 Gäste drängten sich im Hof des „Haus des Rechts“. Das vorhergesagte

Gewitter ließ sich glücklicherweise Zeit bis zum späten Abend und den Gästen Zeit für viele interessante Gespräche.

In seiner Rede nutzte Bundesjustizminister *Buschmann* die Gelegenheit, um seine Pläne zur besseren Dokumentation der Hauptverhandlung in Strafprozessen zu verteidigen. Dabei wisse er um die Kritik des DRB und die Bedenken der Länder. Das Vorhaben war schon beim Richter- und Staatsanwaltstag im März in Weimar auf wenig Gegenliebe der Justiz gestoßen. Weiterhin beklagte *Buschmann* mit Blick auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dass international zunehmend Verletzungen des Völkerrechts zu sehen seien. Er betonte: „Wir dürfen nicht hinter zivilisatorisch akzeptierte Errungenschaften zurückfallen.“ Das Völkerrecht müsse verteidigt und das Völkerstrafrecht fortgeschrieben werden.

Der Co-Vorsitzende des Deutschen Richterbunds *Joachim Lüblinghoff* verwies in seiner Rede auf den hohen Wert des Rechtsstaats. „Wir müssen das Schiff des Rechts in ruhigen Zeiten wetterfest machen,“ mahnte er.

djb-Präsidentin Prof. Dr. *Maria Wersig* betonte die Dringlichkeit einer notwendigen Reform des Abstammungsrechts, der Schaffung eines diskriminierungsfreien Selbstbestimmungsgesetzes und machte zum wiederholten Male aufmerksam auf die Lage der Frauen in Afghanistan und Iran. Der Wortlaut ihrer Rede ist im Folgenden abgedruckt:



▲ djb-Präsidentin Prof. Dr. Maria Wersig bei ihrer Rede;  
Foto: DRB/Andreas Burkhardt

### Begrüßung durch djb-Präsidentin Prof. Dr. Maria Wersig

Sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb, ich freue mich, Sie im Namen des Deutschen Juristinnenbundes hier im Garten des „Hauses des Rechts“ zu begrüßen. Vielleicht fragen Sie sich – der djb hier – sitzen die nicht woanders? Stimmt, wir sind im letzten Jahr mit unserer Geschäftsstelle hierher umgezogen. Der djb feiert in diesem Jahr sein 75. Verbandsjubiläum. In den letzten sechs Jahren haben wir unsere Mitgliederzahl verdoppelt, deshalb brauchten wir dringend größere Räumlichkeiten und haben uns sehr über die Einladung gefreut, hier dazuzukommen. Ich bin mir sicher, wir werden auch rechtspolitisch enger zusammenrücken und nicht nur in unserem kleinen historischen Fahrstuhl.

Und die Rechtspolitik ist und bleibt auch der Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit. Wenn wir uns umsehen in aktuellen Diskursen, sehen wir uns als Gesellschaft enormen Herausforderungen gegenüber. Wir werden diese Herausforderungen nur lösen in einer demokratischen Kultur der sachlichen Diskussion und der selbstverständlichen Teilhabe von Menschen aller Geschlechter. Dazu gehört auch die Überwindung von Diskriminierungen in jeglicher Form. Wer sich zu einem solchen Projekt bekennt, der hat die Unterstützung des djb, ganz parteiübergreifend.

Wichtige Reformen stehen an. Ich möchte das Selbstbestimmungsgesetz nennen. Eigentlich ist der Begriff nicht klug gewählt, Selbstbestimmung legt ja nahe, man würde seine geschlechtliche Identität selbstbestimmt wählen und wechseln wie ein Outfit für einen Sommerempfang. Das ist natür-

lich nicht der Fall. Wir sehen mit Sorge, dass in der Diskussion über dieses Gesetz gerade eine Minderheit, nämlich trans Menschen, als Gefahr inszeniert wird, die in Frauenschutzräume einzudringen droht. Dagegen wenden wir uns ausdrücklich. In Sachen Gewaltschutz muss noch so viel passieren, gerade bei geschlechtsspezifischer Gewalt, tatsächlicher und digitaler Gewalt gegen Frauen, und deshalb fasst es uns auch so an, wenn dieses Thema an der falschen Stelle instrumentalisiert wird. Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle dem Justizminister mit auf den Weg geben, dass es durchaus auch noch eine Option wäre, auf die staatliche Erhebung des Geschlechts im Personenstandsrecht ganz zu verzichten. Als weiteren Wunsch an den Minister möchte ich richten, die Reform des Abstammungsrechts doch endlich umzusetzen, auch die Kinder von Frauenehepaaren und von queeren Eltern haben ein Recht auf zwei Eltern ab Geburt.

Aktuell haben wir uns außerdem geäußert zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, wo wir die Überwindung traditioneller Rollenbilder anmahnen und zu bildbasierter sexualisierter Gewalt gegen Frauen, wo aktuelle technische Entwicklungen eine enorme Dynamik entwickeln, mit der sich alle politischen Akteure auseinandersetzen sollten. Dazu sei Ihnen allen unser Policy Paper ans Herz gelegt.

Abschließend möchte ich den Blick ins Ausland richten. Im Iran kämpfen Frauen um ihre Freiheit und ihr Leben. In Afghanistan sind Mädchen seit 600 Tagen von Schulbildung und Frauen seit über 300 Tagen vom Hochschulstudium ausgeschlossen. Sie brauchen unsere Solidarität. Der djb unterstützt gemeinsam mit der Deutsch-Afghanischen Freundschaftsgesellschaft Baaham afghanische Juristinnen bei ihrem Neustart in Deutschland. Die Teilnahme an offiziellen Integrationskursen ist für Frauen mit kleinen Kindern zum Beispiel schwieriger bzw. fast unmöglich, also organisieren wir für sie Sprachkurse. Wenn Sie in diesem Jahr nochmal für einen guten Zweck spenden, denken Sie an diese Kolleginnen, die hier komplett von vorn anfangen, nachdem ihr Beruf und ihr Land ihnen genommen wurde.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine Welt eintreten, in der Menschenrechte und Gleichberechtigung selbstverständlich sind. Mit unserem Engagement und unserer Unterstützung können wir dazu beitragen, dass das Wirklichkeit wird. In diesem Sinne wünsche ich uns gute Gespräche und weiterhin eine gute Zusammenarbeit.



▲ von links nach rechts: Andrea Titz, Vorsitzende DRB, Joachim Lüblinghoff, Vorsitzender DRB, Dr. Christian Rupp, Präsident Deutscher Notarverein, Dr. Frauke Bachler, Geschäftsführerin IRZ-Stiftung, Dr. Marco Buschmann, Bundesminister der Justiz, Prof. Dr. Maria Wersig, djb-Präsidentin; Foto: DRB/Andreas Burkhardt